Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 107. Mittwoch den 17. April 1889. **83. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs von Sachsen wird
Dienstag, den 23. April dieses Jahres, Nachmittags 3 Uhr
ein Festmahl im Etablissement von Bonorand stattfinden.

Diejenigen Herren, welche sich daran betheiligen wollen, werden ersucht, die Tafelkarten zu 4 ℳ bis zum Mittag des 20. dss. Monats auf unserer Nuntiatur im Rathhause zu entnehmen. Daselbst werden auch Bestellungen auf Tafelplätze angenommen; ohne vorherige Bestellung werden Plätze nicht belegt werden.

Leipzig, am 10. April 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hentschel.

Bekanntmachung.

Für den Termin Ostern dieses Jahres sind vier Ausstattungsstipendien im Betrage von 77 ℳ 25 ₰, 67 ℳ 58 ₰, 40 ℳ 64 ₰ und 40 ℳ 56 ₰ an hiesige unbescholtene, arme Bürgerstöchter, deren Verheirathung in die Zeit von Ostern vorigen Jahres bis Ostern dieses Jahres fällt, von uns zu vergeben, und sind schriftliche Gesuche um diese Stipendien unter Beifügung der Eheschließungsbescheinigung, eines von zwei hiesigen Bürgern bei deren Bürgerpflicht ausgestellten Zeugnisses über die Unbescholtenheit und Bedürftigkeit der Bewerberin, sowie was das eine, nur an ehelich Geborene zu vergebende Wiederkehrer'sche Stipendium von 40 ℳ 64 ₰ anlangt, einer Geburtsbescheinigung bis zum 27. d. Mts. auf dem Rathhause, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 11, einzureichen.

Leipzig, am 12. April 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom **8. bis 14. April dss. Js.** im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 18,1fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,440.

Leipzig, am 16. April 1889.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Bekanntmachung.

Von **Dienstag, den 16. dieses Monats,** an wird zur Vertilgung der **Ratten** in den städtischen Schleußen Gift ausgestellt werden.

Wir fordern alle hiesigen Grundstücksbesitzer bez. Grundstücksverwalter auf, in ihren Gebäuden und insbesondere in den Privatschleußen für Beseitigung der Ratten gleichzeitig besorgt zu sein und bemerken, bezugnehmend auf unsere Bekanntmachung vom 26. Mai 1884, daß der nördliche Bezirk der Stadt dem Kammerjäger Herrn Carl Fritzsche in Eutritzsch, der südliche aber dem Kammerjäger Herrn Louis Graf, hier, überwiesen ist.

Leipzig, den 11. April 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 1765. Dr. Georgi. Rüling, Ref.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Neupflasterung der
Sophienstraße,
zwischen der Eisen- und Kohlenstraße,
soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift
„Pflasterung der Sophienstraße"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 30. April 1889, Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, am 12. April 1889.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib. 1557. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Trottoirlegungsarbeiten in der
Sophienstraße,
zwischen der Eisen- und Kohlenstraße,
soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift
„Trottoirlegung in der Sophienstraße"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 30. April 1889, Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, am 12. April 1889.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib. 1557. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Trottoirlegungsarbeiten in der
Nicolaistraße
soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift
„Trottoirlegung in der Nicolaistraße"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum **30. April 1889** Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 12. April 1889.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib. 1558. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die Ausführung der im Böttcher-gäßchen vorzunehmenden Trottoirlegungsarbeiten soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift
„Trottoirlegung im Böttchergäßchen"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 1. Mai 1889 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 15. April 1889.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib. 1607. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die Herstellung einer Steinknackschüttung, sowie eines erhöhten Kiesfußweges mit Bordsteinkante auf dem Communicationswege von Leipzig-Anger-Crottendorf nach Stötteritz soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift
„Befestigung des Anger-Stötteritzer Weges"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum
1. Mai 1889, Nachmittags 5 Uhr,
einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 15. April 1889.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib. 1604. **Straßenbau-Deputation.**

Erstatteter Anzeige zufolge hat **Emilie Therese Pötzsch** aus Weidenhain ihr vom dortigen Ortsvorsteher am 19. Februar 1881 ausgestelltes Dienstbuch im vorigen Monat in hiesiger Stadt verloren.

Man bittet, das Buch im Auffindungsfalle anher abzuliefern.

Leipzig, am 12. April 1889.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
IV. 561. Bretschneider. Fuhlig.

Die Lage in Rumänien.

Seit dem 11. April ist in Rumänien ein Ministerium Catargiu im Amte, welches als das Zeichen der aufs Höchste gestiegenen Verwirrung im Lande zu betrachten ist. Der neue Ministerpräsident ist derselbe, welcher im vorigen Jahre, als König Carol von den Leichenfeierlichkeiten für den verewigten Kaiser Wilhelm I. von Berlin nach Hause zurückgekehrt war, als Führer der Opposition gegen Bratiano eine Audienz beim König erzwingen wollte, und als ihm diese verweigert wurde, mit seinen Begleitern im Schloß verblieb unter der Ankündigung, dasselbe nicht eher zu verlassen, als bis seinem Verlangen Folge gegeben sei. Das geschah am 25. März. Am folgenden Tage fand ein Festmahl zu Ehren Bratiano's statt und am 4. April stellte sich das neue Ministerium Rosetti-Carp den Kammern vor. Damit war die Ruhe vorläufig wieder hergestellt, bis vor einigen Monaten die Agitation der Opposition gegen Bratiano aufs Neue begann und diese stürmisch die Erhebung der Anklage gegen denselben verlangte. Eine weitere Steigerung der Verwirrung trat dadurch ein, daß der Justizminister Vernescu Ernennungen von Richtern vorgenommen hatte, mit welchen die übrigen Mitglieder des Cassationshofes sich weigerten, gemeinsame Sitzungen abzuhalten. Rosetti und Carp forderten deshalb Vernescu auf, seine Entlassung zu nehmen, und traten, als er sich dessen weigerte, selbst zurück. Am 4. April beschloß der Senat, dem König mitzutheilen, daß als einzige Lösung der Krisis die Beauftragung Catargiu's mit der Cabinetsbildung erscheine. Der König ging auf diesen Vorschlag ein, und nach achttägigen Bemühungen kam das neue Cabinet zu Stande, in welches seltsamer Weise Vernescu als Finanzminister aufgenommen wurde. Die Aemtervertheilung war im Uebrigen so erfolgt, daß Catargiu in dem Cabinet den Vorsitz und das Innere übernahm, Mann den Krieg, Lahovary das Aeußere, Gheorghi die Justiz und Vorescu den Unterricht.

Am 11. April stellte sich das Ministerium den Kammern vor und Catargiu beantwortete eine Interpellation über die auswärtige Politik dahin, daß die Devise der gegenwärtigen Regierung die Neutralität sei. Sie werde demgemäß die Frage der Ausweisung russischer Unterthanen eingehend prüfen, um festzustellen, ob sie berechtigt war oder nicht. Carp, der auswärtige Minister in dem abgetretenen Ministerium, erklärte, daß die Neutralität für den Fall eines Krieges keinen Sinn habe und verlangte, daß die Agitation der Panslawisten energisch bekämpft werde. Die Ausweisung russischer Unterthanen war nämlich unter der vorigen Regierung aus dem Grunde erfolgt, weil sich prahlerische Agitatoren unter dem Vorwande, dem Landvolke Bibel verkaufen zu wollen, dasselbe systematisch gegen die bestehenden Verhältnisse aufgereizt hatten. Bekanntlich bestehen seit längerer Zeit Schwierigkeiten auf dem Lande infolge ungesunder Verhältnisse zwischen Grundbesitzern und Bauern; es ist deshalb leicht, die Unzufriedenheit der Bauern zur Erregung von Aufständen auszubeuten. Am folgenden Tage wurde die Verhandlung über die auswärtige Politik fortgesetzt und Catargiu erklärte in Beantwortung einer Interpellation des radicalen Abgeordneten Jonescu-Pano, Rumänien müsse zwar die Politik der Neutralität beobachten, es werde aber auf seinem Gebiete weder fremde Ränke noch Zettelungen gegen die Ordnung und Sicherheit der benachbarten Staaten dulden. Der König habe stets die Verfassung geachtet, die Cabinette allein seien für die äußere und innere Politik verantwortlich, eine persönliche Regierung sei unmöglich, da die Kammer derartige Regierungen zu stürzen vermöge. Der Fehler liege am Lande, wenn es schlechte Regierungen dulde. Wenn im Falle eines Krieges die Neutralität unmöglich werde, so werde das Land zu entscheiden haben über die Wahrung seiner Interessen, aber man werde das wohl zu überlegen haben, denn unter dem Ministerium Bratiano habe das Land trotz eines glücklichen Krieges eine Provinz verloren.

Diese Sprache ist deutlich genug, sie ist dem Parteistandpuncte des Redners entsprechend, welcher den russischen und französischen Interessen zugeneigt ist. Der Abschnitt der Antwort Catargiu's, welcher sich auf die panslawistischen Agitationen russischer Sendlinge bezieht, ist in Anbetracht des sonstigen Inhalts der Erklärung nur als bedeutungslose Redensart aufzufassen, bestimmt, die Gegner der Regierung über deren Absichten zu beruhigen, dafür aber dem Treiben der russischen Sendlinge völlig freien Spielraum zu gewähren. Es ist überhaupt für Nichtrumänier ganz unbegreiflich, wie es möglich war, daß ein Mann wie Hitrowo, welcher den gegen den König im vorigen Jahre organisirten Aufstand augenscheinlich als seine Zwecke fördernd willkommen hieß, noch heute als Vertreter Rußlands in Rumänien walten kann; es läßt das einen Grad von Unterwürfigkeit unter den Willen Rußlands erkennen, welcher den Interessen des Landes gewiß nicht heilsam ist. Hitrowo ist der Mittelpunct aller Anschläge gewesen, welche gegen die Regierung des benachbarten Bulgarien seit Jahren verübt worden sind, und dennoch bleibt er ungestört an seinem Platze. Es ist klar, daß hier übermächtige Einflüsse herrschen, denen gegenüber die rumänische Regierung ohnmächtig ist, sonst würde unter dem Ministerium Rosetti-Carp sicher ein Personenwechsel eingetreten sein, durch welchen Hitrowo durch eine weniger bloßgestellte Persönlichkeit ersetzt worden wäre.

Sehr bemerkenswerth erscheint die Aeußerung des vorigen Ministers des Auswärtigen, Carp, daß Neutralität in einem zukünftigen Kriege für Rumänien ein Ding der Unmöglichkeit sei. Es geht daraus hervor, daß man die Lage in Rumänien weit ernster auffaßt, als das jetzt außerhalb der Balkanhalbinsel geschieht, wo man geneigt ist, alle Veränderungen der dortigen Entwickelung als locale Angelegenheiten zu betrachten, welche auf die Gestaltung der Weltlage ohne bestimmenden Einfluß sind. Die Abdankung König Milan's von Serbien hat wohl in dieser Beziehung einige Bedenken erregt, aber es herrscht allseitig das Streben vor, dieselben zu beschwichtigen und den weiteren Verlauf der Krisis ruhig abzuwarten. Das scheint aber die Thätigkeit der Panslawisten neu belebt zu haben, wie die Ereignisse in Rumänien gelehrt haben. In den Kreisen, welche der Dynastie nahe stehen, und welche die Befestigung der bisherigen Verhältnisse wünschen, betrachtet man das Ministerium Catargiu als eine Episode von kurzer Dauer, nur bestimmt, um die Nothwendigkeit eines Wechsels im Sinne der Politik Bratiano's und Carp's allgemein zum Bewußtsein zu bringen; aber wenn die Dynastie nach 23jähriger Herrschaft im Lande nicht tiefere Wurzeln zu fassen vermochte, als die Erfahrungen seit einem Jahre ergeben haben, dann ist es mit der Festigkeit und Stetigkeit der Verhältnisse im Lande schlecht genug bestellt. Ein Petersburger Mitarbeiter der „Politischen Correspondenz" will wissen, daß die öffentliche Meinung in Rußland, soweit von einer solchen überhaupt die Rede sein kann, besonders dadurch gereizt worden ist, daß die rumänische Dynastie durch die Sicherung der Thronfolge für die Zukunft Sorge getragen hat. Die Panslawisten würden es weit lieber gesehen haben, wenn die Nachfolge des Prinzen Ferdinand von Hohenzollern nicht so sorgfältig vorbereitet und sicher gestellt worden wäre. Wenn König Carol mit Tode abginge, ohne die Thronfolge geordnet zu haben, dann hätten die Panslawisten in Rumänien freies Spiel gehabt. Das ist die vorherrschende Meinung der russischen Presse. Daß dabei Deutschland schlecht wegkommt, ist selbstverständlich, denn der Sturz Bratiano's ist hauptsächlich dadurch herbeigeführt worden, daß man ihn als ein Werkzeug des Fürsten Bismarck darzustellen suchte. Durch Beweise der Grundlosigkeit derartiger Verdächtigungen sind die darauf fußenden Empfindungen nicht aus der Welt zu schaffen, man muß mit den Thatsachen rechnen und diese sind für König Carol und seinen Nachfolger schlimm genug. *

Leipzig, 17. April.

* Auf der Reise nach England im Monat Juni wird der Kaiser nach Analogie seiner früheren Besuchsreisen von dem Staatsminister Grafen Herbert von Bismarck begleitet sein.

* **Am Montag Nachmittag 1 Uhr fand unter dem Vorsitz des Vicepräsidenten des Staatsministeriums Staatsministers von Bötticher eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums statt.**

* Wie dem „Frankfurter Journal" mitgetheilt wird, gilt es für nicht unwahrscheinlich, daß dem Reichstage im Mai bereits ein Antrag auf Bewilligung einer Reichsunterstützung für eine deutsche Dampferlinie Aden- oder Alexandrien-Zanzibar, die eine regelmäßige Verbindung auch mit Lamu unterhält, zugehen wird. Als Grund dafür werden die Anordnungen der „Indian-Steam-Navigation-Company" angeführt, die ihre Schiffe neuerdings die Insel Lamu nicht mehr anlaufen läßt, wodurch der Witu-Gesellschaft die regelmäßige Verbindung mit Zanzibar und Europa abgeschnitten ist.

* Gelegentlich eines Vortrags und Ablegung des Rechenschaftsberichts des Reichstagsabgeordneten Kulemann in Holzminden ergriff auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Hammann das Wort, um den Standpunct der nationalliberalen Partei betreffs der von Bebel angeregten progressiven Reichs-Einkommensteuer darzulegen. Er meinte, daß die Nationalliberalen nicht dafür sein würden, wenn solches auch ihre Position den Wählern gegenüber verschlechtern würde. Wegen der verschiedenen Einschätzungssysteme sei die Grundlage zu schwach, um auf dieser eine Reichseinkommensteuer aufzubauen. Es sei zur Zeit die Einführung dieser Steuer unmöglich. Sollte bei den nächsten Wahlen aus der ablehnenden Stellung der nationalliberalen Partei heraus von den Gegnern Capital geschlagen werden, so würden die Wähler wissen, woran sie sind.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bringt eine Auslassung in Sachen Stöcker. Das officiöse Blatt schreibt:

In den Blättern machen neuerdings über Herrn Hofprediger Stöcker Mittheilungen die Runde, welche jedoch insgesammt zu wenig beglaubigt erscheinen, um dieselben ohne Vorbehalt aufnehmen zu können. Bemerkenswerth ist allerdings, daß auch die „Kreuzzeitung" den „Mecklenburger Nachrichten" ohne weitere Bemerkungen eine Notiz entnimmt, in welcher u. A. gesagt ist:

„Wenn in den Blättern jetzt vielfach die alte Nachricht wieder verbreitet wird, daß Hofprediger Stöcker vor die Alternative gestellt sei, zu wählen zwischen seinem Amt als Geistlicher und der politischen Thätigkeit, die er bisher entwickelt hat, so ist die Notiz zwar in dieser Form nicht richtig und kann mit einem Scheine des Rechts dementirt werden. Im Wesentlichen dürfte dieselbe aber doch durch kommende Ereignisse Bestätigung finden."

Ein von dem mecklenburgischen Blatte zu obiger Notiz hinzugefügter und von der „Kreuzzeitung" ebenfalls wiedergegebener Commentar, der in dem Satze gipfelt, wenn die Krisis eintrete, werde Stöcker nur einem Gegner weichen, der zu den mächtigsten gehöre, spiegelt zweifellos nur subjective Auffassungen ab, ebenso wie es eine recht willkürliche Behandlung von Thatsachen bedeutet, wenn in Sachen Stöcker-Witte das Herrn Hofprediger Stöcker nahestehende Blatt „Volk" mittheilt, daß Ergebniß sei amtlich völlig abgeschlossen, Pastor Witte habe einen scharfen Verweis davongetragen, während in Bezug auf Hofprediger Stöcker eine nebensächliche Episode der Angelegenheit als nicht ganz correct erachtet worden sei.

Wenn eine authentische Mittheilung des Resultates der vom Evangelischen Oberkirchenrath gepflogenen Untersuchung beliebt werden sollte, so dürfte dieselbe wesentlich anders lauten.

* Einer zuverlässigen Information der „Schlesischen Zeitung" zufolge ist der neuerdings wieder aufgetauchte Gedanke der Errichtung eines Bisthums oder gar Erzbisthums Berlin an keiner maßgebenden Stelle jemals erwogen worden, wird auch gegenwärtig nicht erwogen und es liegt kein Grund für die Annahme einer zukünftigen Erwägung vor. Jede derartige Nachricht sei ohne Weiteres als haltlos zu bezeichnen.

* Der Vorstand des sachsen-meiningischen Ministerial-Departements für Justiz-, Kirchen- und Schulsachen, Wirkl. Geh. Rath von Uttenhoven, tritt wegen Kränklichkeit am 1. Mai cr. in Ruhestand, an seiner Stelle ist der Präsident des Landtages, Landrath Ziller, in das Ministerium berufen worden.

* Die Münchner Blätter veröffentlichen den Wortlaut eines Allerhöchsten Signats des Prinz-Regenten an den Minister v. Lutz, betreffend die Erwiderung auf die Denkschrift der Bischöfe, wie folgt: „Ich habe von der ebenso gründlichen als gediegenen Berichterstattung mit größtem Interesse Kenntniß genommen und spreche Ihnen für die treue Beobachtung auf die Rechte der Krone, sowie über die unbeschadet dieser Rechte den Wünschen der Bischöfe entgegengebrachte coulante Gesinnung meine volle Anerkennung aus. Mit sämmtlichen Vorschlägen einverstanden, ertheile ich dem Entwurfe der an die Bischöfe zu erlassenden Entschließung meine Genehmigung. München, den 24. März 1889. (gez.) Luitpold."

* Der Bezirkspräsident des Unter-Elsaß Joseph von Stichaner ist nach langen, schweren Leiden infolge wiederholter Schlaganfälle gestorben. v. Stichaner war bis vor 2 Jahren Kreisdirector von Weißenburg, wo die Bevölkerung in Stadt und Land ihm ein Vertrauen und eine Verehrung entgegenbrachte, deren sich auch so rastlos thätige und wohlwollende Beamte, wie es v. Stichaner war, nur selten erfreuen. Er wußte sich diese Beliebtheit auch in weitesten Kreisen der Eingewanderten wie der Eingeborenen im ganzen Lande zu sichern. Nichts kennzeichnet den edlen Charakter des Verstorbenen treffender als die im Reichslande allbekannte Thatsache, daß er in einer ganzen Reihe von Fällen, da Gemeinden, Genossenschaften, auch Private bei ihm Rath suchten, wenn sie aus öffentlichen Mitteln für gemeinnützige Unternehmungen nichts erhalten konnten, kurzer Hand in die eigene Tasche griff. Straßen baute, Feldwege anlegte, landwirthschaftliche Verbesserungen unterstützte u. dgl. Nach seinen Verwaltungsgrundsätzen hing v. Stichaner freilich noch zäh an den Manteuffel'schen Ueberlieferungen, und es darf wohl bezweifelt werden, ob es ihm zum Bewußtsein gekommen ist, daß wohl nur die leitende Führung des jetzigen Regimes ihn selbst vor Enttäuschungen bewahrt hat.

* * *

* Gegenüber den beunruhigenden Meldungen deutscher und französischer Blätter über das Befinden der Kaiserin Elisabeth wird authentisch mitgetheilt, daß die neuralgischen Schmerzen sich in der jüngsten Zeit wesentlich gemildert haben und man von der Massagecur in Wiesbaden die vollständige Hebung des Leidens zuversichtlich erhoffe. — Im Uebrigen sei der Gesundheitszustand der Kaiserin vollkommen befriedigend und alle gegentheiligen Gerüchte unbegründet.

* Am Sonntag fand in Prag eine Versammlung des Wahlcomités der verfassungstreuen Großgrundbesitzer, welcher auch die Abgeordneten Plener, Scharschmid und Bärenreither beiwohnten, statt. Man einigte sich vorbehaltlich der Zustimmung der Wähler dahin, den Compromiß anzunehmen, wenn der Wiedereintritt der Abgeordneten der deutschen Städte und Landgemeinden in den Landtag erfolgt. Zugleich beschloß man, sich fortan „liberaler Großgrundbesitz in Böhmen" zu nennen. Für den 28. April ist eine große Wählerversammlung geplant, in welcher voraussichtlich auch Carl Auersperg, Thun, Mannsfeld u. A. erscheinen werden.

* Boulanger, Rochefort und Graf Dillon ließen mittelst Notariatsacts ihr in Frankreich befindliches Vermögen auf dritte Personen übertragen, weil sie Confiscation desselben befürchten. — Der Graf von Paris weilt seit Sonnabend in Ostende; er empfing im „Hotel Fontaine" verschiedene aus Paris herbeigekommene royalistische Persönlichkeiten. — Die Kaiserin Eugenie kommt Ende dieser Woche zu mehrtägigem Aufenthalte nach Brüssel. — Die bonapartistischen Blätter sind insgesammt mit dem Briefe Boulanger's unzufrieden. Sie erklären, daß die bonapartistischen Wähler, indem sie Boulanger auf den Schild erheben, die Republik zerstören wollen.

* Der Streit zwischen England und Marokko scheint endgiltig beigelegt zu sein. Nachdem die marokkanische Regierung bereits vor Kurzem ihren Einspruch gegen die Ausbesserung des englischen Kabel zurückgezogen hatte, hat sie jetzt auch, einer der „Vossischen Zeitung" aus London zugehenden Meldung zufolge, dem britischen Vertreter in